

Deutsche Willkommenskultur: Massenverhaftungen möglich machen

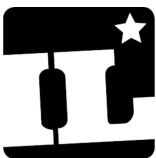
Vom schmutzigen Image der Nazis und PEGIDA distanzieren sich die Politiker_innen der Mitte begeistert, doch wenn es konkret um die Lebenssituation von Geflüchteten geht, entpuppt sich das Plädoyer für eine Willkommenskultur als eine verlogene Floskel. Die zentrale Nazi-Forderung „Arbeit zuerst für Deutsche“ ist leider zum Teil bereits gesetzliche Realität. Auch viele Grundrechte gelten nur für Deutsche. Und die Regierung musste nicht erst von PEGIDA auf die Idee gebracht werden, die Abschiebemaschinerie weiter zu ölen.

In den kommenden Wochen soll mit den Stimmen von SPD und Union die nunmehr dritte asylpolitische Reform innerhalb eines halben Jahres verabschiedet werden, das sogenannte „**Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung**“. Kernstück ist ein Masseninhaftierungsprogramm. Es werden eine ganze Reihe neuer Haftgründe definiert:

- alle Geflüchtete, die schon einmal in einem anderen EU-Staat registriert wurden - **Abschiebungshaft**.
- alle Geflüchtete, die bei ihrer eigenen Abschiebung angeblich nicht mitwirken - **Abschiebungshaft**.
- alle Flüchtlinge, denen unterstellt wird mehr als 3000 Euro an Fluchthelfer_innen gezahlt zu haben - **Abschiebungshaft**.

Abgesichert wird das Inhaftierungsprogramm durch die Ausweitung von Einreisesperren. Nunmehr sollen alle Geflüchtete aus sicheren Herkunftsstaaten, deren Asylanträge als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt werden, automatisch eine Einreisesperre erhalten, auch wenn sie freiwillig ausreisen. Und eine solche Einreisesperre gilt für den gesamten Schengen-Raum, also für alle EU-Länder. Die Geflüchteten können ihre Herkunftsländer dann nicht mehr verlassen, denn um sie herum ist Schengenland, und da gilt die Einreisesperre.

Es ist allerhöchste Zeit dieses perfide Machwerk zu verhindern! Am 6. März und am 8. Mai wird der Entwurf im Bundestag abgestimmt. Bereits



im September wurde die Hetze gegen Roma gesetzlich verankert: Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Serbien wurden zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt, eine Konstruktion, die es fast unmöglich macht, eine Anerkennung der gut dokumentierten katastrophalen Menschenrechtslage für Roma oder Schwule und Lesben zu erreichen. Im Dezember stimmten dann Union, SPD und Grüne dafür, die rassistische Sondergesetzgebung bei der Versorgung Geflüchteter fortzuführen. Begleitet wird das ganze durch eine Diskussion über gute und schlechte Geflüchtete: für die Guten Integration, für die Schlechten Haft und Abschiebung. Nazis und PEGIDA plappern also nur das nach, was die Schreibtischtäter des Staates vorgeben. Antirassismus aber heißt:

Gleiche Rechte und globale Bewegungsfreiheit für alle - weltweit !

Gegen ihre rechtlose Lage haben Geflüchtete in den letzten Jahren zunehmend Proteste organisiert. Ihre Selbstorganisation ist wichtig und zu unterstützen: Solidaritätbekundungen, Petitionen, Geldsammlungen und praktische Unterstützung. Aber das genügt nicht: Auch Leute mit EU-Pass, die für sich in Anspruch nehmen, für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung einzutreten, müssen die Verteidigung der Rechte der Geflüchteten als eigene politische Herausforderung begreifen. Das Erkämpfen von Forderungen wie z.B. offene Grenzen, Bedingungsloses Bleiberecht, Verbot von Abschiebehaft und Abschiebungen, Aufhebung von diskriminierenden Sondergesetzen wie Residenzpflicht und Arbeitsverbot, Abschaffung des Dublin-Systems, ist die Aufgabe von uns allen.

Was könnt ihr tun?

- **Schaut nach Aktionen auf asylrechtsverschaeferung-stoppen.de und macht mit oder denkt euch selber welche aus und meldet sie dort an**
- **Informiert euch und andere über die [Asylrechtsverschärfungen auf migrationsgesetze.info](http://migrationsgesetze.info)**

